

Geht Ihre Bank

in die Kirche? Nein? Warum muss sie dann in ZH Kirchensteuern zahlen? Dieser alte, ungerechtfertigte Zopf belastet die Zürcher Wirtschaft mit über 100 Mio CHF jährlich und gehört abgeschafft! Wir bleiben dran!



Bürgeraktion, 8700 Küssnacht PC 87-16415-6
Dr. Michael E. Dreher, Ex-Nationalrat

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

ABSTIMMUNG VOM 25. NOVEMBER 2012

Nein zu teuren Experimenten – Nein zur Prima-Initiative und zum Gegenvorschlag

Mit der Prima-Initiative und dem Gegenvorschlag soll eine Strukturveränderung im Bildungssystem erfolgen. Der Kindergarten soll faktisch abgeschafft und stattdessen die sogenannte Grundstufe eingeführt werden. Das System Grundstufe kostet mehr, bringt aber keine Vorteile mit sich. Demzufolge ist sowohl die Prima-Initiative als auch der Gegenvorschlag abzulehnen.



ANITA BORER
KANTONSRÄTIN SVP
USTER

Am 25. November 2012 stimmt das Zürcher Stimmvolk über die Prima-Initiative und den dazugehörigen Gegenvorschlag ab. Wieso sind beide Vorlagen abzulehnen? Mit der Prima-Initiative wird verlangt, dass die sogenannte Grundstufe im Kanton Zürich flächendeckend eingeführt wird. Die Grundstufe bedeutet, dass der Kindergarten und die erste Primarklasse zusammengelegt werden – d.h. der Kindergarten und somit der Berufsstand der Kindergärtnerin bzw. des Kindergärtners würden faktisch abgeschafft.

Schlechtes Zeugnis für die Grundstufe

Die Grundstufe ist ein Modell, welches in einem Schulversuch bereits in 87 Klassen von 27 Gemeinden des Kantons Zürich getestet wurde. Zur Auswertung des Schulversuchs wurde im Juli 2010 eine von der Erziehungsdirektorenkonferenz Ost (EDK-Ost) in Auftrag gegebene Evaluation veröffentlicht. Der dieser Evaluation zu Grunde liegende Bericht zeigt auf, dass Schülerinnen und Schüler, welche die Grundstufe im Versuch erfahren haben, keine Lern- und Wissensvorteile gegenüber denjenigen vorweisen, welche den Kindergarten besuchten.

Lernstandserhebungen, welche Dr. Urs Moser von der Uni Zürich durchführte, führten zur selben Erkenntnis. Von ungefähr 1000 Kindern wurden die sprachlichen, mathematischen und sozial-emotionalen Kompetenzen erhoben. Obwohl die Grundstufenschülerinnen und -schüler in den ersten zwei Jahren in sprachlichen und mathematischen Belangen den Kindergartenkin-

dern voraus sind, haben die Kindergartenkinder diesen Vorsprung bis zum Ende der ersten Klasse wieder gänzlich wettgemacht. Und dies mit dem Vorteil, dass die Kindergartenkinder noch einen Kindergarten geniessen konnten, welcher den Schwerpunkt auf das Spielerische legt, was für 4- bis 6-jährige Kinder immens wichtig ist. Zudem ergab die Studie, dass der von linker Seite immer wieder proklamierte soziale Vorteil der Grundstufe nicht nachgewiesen werden konnte.

Mehr Raum und Personal – unverantwortliche Mehrkosten

Die Annahme der Prima-Initiative und damit die Einführung der Grundstufe käme den Kanton und die Gemeinden und damit uns Steuerzahler teuer zu stehen.

Es wird im Personalbereich mit jährlich wiederkehrenden Mehrkosten von mindestens 62 Millionen Franken gerechnet. Nachweislich wäre für die Grundstufe mehr Personal nötig. Genügt für die Leitung eines Kindergartens eine Vollzeiteinheit, so muss für eine Grundstufenklasse mit 1,5 Vollzeiteinheiten gerechnet werden, da der Grundstufenunterricht in der Regel im Teamteaching erfolgt. Grundstufenlehrpersonen werden zudem in eine höhere Lohnkategorie eingeteilt, weil sie als Unterstufenlehrperson bezahlt würden.

Zu beachten ist auch, dass Kindergärtnerinnen und Kindergärtner entsprechend umgeschult werden müssten, um in einer Grundstufe unterrichten zu können. In Anbetracht des aktuellen Lehrpersonenmangels stellt sich die Frage, wie das benötigte Lehrpersonal überhaupt rekrutiert werden könnte.

Hinzu kommen für die Gemeinden massive Kosten für Investitionen in Schulräume. Die flächendeckende Einführung der Grundstufe bedeutete eine

organisatorische Veränderung des Schulsystems, was auch bauliche Anpassungen der Schulräume zur Folge hätte. Der bisher für den Kindergarten genutzte Raum genügt nicht mehr und die Gemeinden müssten den passenden Schulraum noch schaffen. Dies würde, zusätzlich zu den Lohnkosten, noch Baukosten von mehreren 100 000 Franken in jeder Gemeinde nach sich ziehen.

Mundart im Kindergarten würde wieder abgeschafft

Die Vorlage ist weiter verknüpft mit der Frage nach der Unterrichtssprache. Das Zürcher Stimmvolk hat im Mai 2011 der Initiative «Mundart im Kindergarten» zugestimmt.

Würde die Prima-Initiative umgesetzt und somit der Kindergarten abgeschafft, dann wäre Mundart als Unterrichtssprache nicht mehr verpflichtend. Im Gesetzestext würde dann stehen, dass in der Grundstufe «Mundart und Hochdeutsch» gesprochen werden kann. Dass bei einer solchen Vorgabe als Unterrichtssprache wohl vermehrt Hochdeutsch zur Anwendung käme, lässt sich unschwer folgern. Der Volksentscheid, welcher Mundart im Kindergarten verlangt, könnte also umgangen werden.

Der Gegenvorschlag ist undemokratisch und unübersichtlich

Der Gegenvorschlag des Kantonsrates, welcher den Gemeinden eine Wahlmöglichkeit zwischen Grundstufe und Kindergarten lassen möchte, erzielt letztlich dasselbe wie die Prima-Initiative: Am Anfang würden vielleicht noch ein paar Kindergärten bestehen. Da aber zwei parallele Schulmodelle unvorteilhaft sind, wird unter der Begründung, dass die Grundstufe nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, die Grundstufe flächendeckend ein-

geführt. Dieses Zukunftsszenario ist mehr als nur plausibel.

Die Mitbestimmung von Volk und Legislative ist zudem nicht gegeben, denn die Schulpflege in den Gemeinden würde über das Schulmodell entscheiden. Dies weist der Bericht über den «Gegenvorschlag des Kantonsrates über die freiwillige Einführung der Grundstufe», gestützt auf § 42 Abs. 3 Ziff. 1 VSG, aus. Aufgrund dieser kantonalrechtlich verbindlichen und somit vorrangigen Kompetenzregelung ist der Beschluss der Schulpflege politisch nicht «anfechtbar», also weder referendums- noch initiativfähig.

Kämen mit dem Gegenvorschlag im Kanton Zürich oder in einer Gemeinde beide Versionen (Kindergarten und Grundstufe) zum Tragen, dann würde das Schulsystem noch unübersichtlicher. Es müssten für zwei Schulmodelle Lehr- und Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden. Und Klagen bei der Schulpflege wären vorprogrammiert. Eltern würden das Recht einfordern, ihr Kind in einen Kindergarten zu geben, wenn es in eine Grundstufe eingeteilt wird, oder umgekehrt.

Der Kindergarten hat sich bewährt

Ist am heutigen Kindergarten etwas auszusetzen? Nein. Der Kindergarten hat sich bewährt. Er basiert auf einem soliden Fundament und konnte sich in den letzten Jahren auch entsprechend den Bedürfnissen der Schule anpassen und weiterentwickeln.

Kinder zwischen vier und acht Jahren befinden sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Mit dem Modell des Kindergartens, in welchem die Kinder in der Regel zwischen vier und sechs Jahre alt sind, kann individuell auf die unterschiedlichen Bedürfnisse eingegangen und auch der Übergang zur Primarstufe sorgfältig vorbereitet

werden. In der Grundstufe sind hingegen 4- bis 8-jährige Kinder eingeteilt. Der Schwerpunkt des Unterrichts wird auf schulische Inhalte gelegt. Dass so auf die verschiedenen Bedürfnisse unter Berücksichtigung des Entwicklungsstandes Rücksicht genommen werden kann und auch das spielerische Element nicht zu kurz kommt, bezweifle ich stark. Entweder sind die jüngeren Kinder überfordert oder die älteren unterfordert.

Welches Kind ist nicht motiviert und lernbegierig, wenn es nach dem Kindergarten den Schritt in die Primarschule machen kann? Wird ein Kind aber, wie dies die Grundstufe vorsieht, bereits im Alter von vier Jahren mit Lerninhalten konfrontiert, ist dies kontraproduktiv.

Es kann dazu führen, dass das Kind überfordert ist und die Motivation zum Lernen bereits früh verliert.

Fazit: 2x nein zur Abschaffung des Kindergartens

Dass das Modell der Grundstufe trotz hohen Kosten und keinerlei gewichtigen Vorteilen weiterhin portiert wird, zeigt, dass seitens der Verfechter des Modells ideologische und nicht praktische Überlegungen im Vordergrund stehen. Denn würden praktische Gründe aufgeführt, dann würde das Modell bereits der Vergangenheit angehören. Insbesondere auch deshalb, weil das Modell bereits im Vorfeld der Volksabstimmung für das neue Volksschulgesetz stark kritisiert wurde.

Letztlich muss unser Ziel in der Bildungspolitik sein, die Qualität zu verbessern. Weder die Prima-Initiative noch der Gegenvorschlag bringen uns diesem Ziel näher. Deshalb empfehle ich, bei der Prima-Initiative und beim Gegenvorschlag ein Nein in die Urne zu legen und – da keine Vorlage bevorzugt wird – die Stichfrage leer zu lassen.

Billiger telefonieren

30% - 100% Rabatt auf Handy Abopreise

z.B. für nur 70 Franken im Monat in alle Schweizer Mobil- und Festnetze telefonieren.

Wir beraten Sie gern!

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Wollmattenstrasse 5
8030 MÄL, T. 022 351 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Schreinerei Hanspeter Rüttschi

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch

Ihr Türenspezialist

AGRISANO

In Zusammenarbeit mit
SBV Versicherungen
USP Assurances

Natürlich Gut Versichert

Ihre Regionalstelle
Zürcher Bauernverband
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 50, www.zbv.ch

ZBV Versicherungen
im Dienste der Zürcher Landwirtschaft

Kompetent in Versicherung und Landwirtschaft

Keinen Keil zwischen Mieter und Vermieter

Hans Eglolf, Nationalrat (SVP)
Präsident HEV Kanton Zürich

“ Der Mieter kann schon heute ohne Formular den Anfangsmietzins erfahren und innert 30 Tagen nach Bezug der Wohnung anfechten. Die Formularpflicht ist daher nur bürokratischer Leerlauf. ”

NEIN
zu beiden Mieter-Initiativen

www.mieterfrieden.ch
HEV Kt. Zürich, Pf. 8038 Zürich

Ungeduldig ins Verderben



VON CHRISTOPH MÖRGELE

Es geschah am helllichten Samichlausestag: Am 6. Dezember 1992 haben Volk und Stände den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt. Die Schweizer Stimmbürger wandten sich gegen diesen Kolonialvertrag mit zwangsweiser Übernahme künftigen EU-Rechts und Unterwerfung unter fremde Richter. Der Bundesrat wusste, dass ein solcher Vertrag ohne späteren EU-Vollbeitritt und Mitbestimmung keinen Sinn machte. Darum hatte er zuvor das Beitritts-gesuch in Brüssel eingereicht. Der sportliche Adolf Ogi liess sich vom unsportlichen Frank A. Meyer beraten und sprach von «Trainingslager».

Bei diesem Nein hätte man es belassen können. Das Freihandelsabkommen von 1972, die Regeln der WTO und bilaterale Verträge gewährten uns Zugang zum EU-Binnenmarkt. Schliesslich hat die Schweiz die Wirtschaftsbeziehungen seither mit vielen Ländern ausserhalb der EU intensiv vertieft. Doch der Bundesrat drängte schon kurz nach dem EWR-Nein auf neue Abkommen. Prompt forderte die EU die Personenfreizügigkeit und den Landverkehr – und verband sieben Abkommen zu einem Gesamtpaket. Es war schon damals eine Illusion, von einzelnen getrennten bilateralen Abkommen zu sprechen.

Noch bevor die Bilateralen I Rechtskraft erhielten, kroch der Bundesrat erneut nach Brüssel, um die Teilnahme an weiteren EU-Aktivitäten zu fordern. Nun verlangte die EU dummerweise Zinsbesteuerung und Betrugsbekämpfung. Der Bundesrat wollte hierauf Zugang zu Schengen/Dublin, im Irrglauben, es handle sich dabei um einen Vorteil. Erstmals seit 1848 gab damit unser Land seine gesetzgeberische Handlungsfreiheit auf unbeschränkte Dauer preis.

Selbst nach diesen Bilateralen II wallfahrte Bundesbern wieder in die EU-Zentrale und stellte fast ein Dutzend Begehren nach Marktzugang und Zusammenarbeit. Die mittlerweile arg angeschlagene EU will die Schweiz aber gegenüber den EWR- oder den Mitgliedstaaten nicht bevorzugen und verlangt die Übernahme künftigen Rechts und fremde Richter. Der Bundesrat wird auch dies devot gewähren. Er windet sich nur noch gegen innen, es zuzugeben.

Eine Hausfrau erkennt im Supermarkt das Ablaufdatum eines Produkts. Unser Bundesrat riecht nicht, dass die EU als abschottendes Produkt des Kalten Krieges in unserer globalisierten Welt angefault und verdorben schmeckt.

FEHLENDE FÜHRUNG UND STRATEGIE

Freiheit und Wohlstand stehen auf dem Spiel

Eine Strategie ist ein genauer Plan zur Erreichung eines bestimmten Zieles unter Berücksichtigung aller Faktoren, die der Zielerreichung zuwiderlaufen. Damit ist klar: Wer ein Ziel hat, sollte auch einen Plan haben, wie er dieses Ziel erreichen kann. Und damit ist auch klar, dass man nur eine Strategie anwenden kann, wenn man ein bestimmtes Ziel vor Augen hat. Was eigentlich in jeder Unternehmung selbstverständlich ist, vermissen wir aktuell bei unserer Landesregierung mehr denn je.



NATIONALRAT
TONI BRUNNER
PARTEIPRÄSIDENT
SVP SCHWEIZ

Aktuell vermissen wir bei unserem Bundesrat klar definierte Ziele. Und dort wo er sie noch hat, erkennen wir keine Strategie. Vielfach vermissen wir jedoch sowohl das Ziel als auch die Strategie. Die Folge ist eine führungslose Schweiz. Die Folge sind kurzfristige Schnellschüsse. Die Folge ist eine unseriöse, nicht vorausschauende Politik. Die «Schludrigkeit» in der Arbeit der Regierung ist ein echtes Problem, denn die Zeche wird der Bürger zu bezahlen haben. Beispiele zur planlosen Politik der Landesregierung gibt es zuhauf. Gerade in der schweizerischen Aussenpolitik erkennen wir keine genauen Ziele, geschweige denn einen Plan.

Europapolitik

Was verfolgt der Bundesrat bei den institutionellen Fragen mit der EU genau für ein Ziel? Was für einen Plan hat er? Das künftige Verhältnis zur Europäischen Union strotzt vor Konzeptlosigkeit. Ein Beispiel dafür: Dem Vernehmen nach wollte der Bundesrat schon eine Position auf eine Reaktion aus Brüssel festlegen, die noch gar nicht eingetroffen ist.

Finanzplatz

Wie möchte der Bundesrat die Arbeitsplätze am Standort Schweiz langfristig sichern? Was verfolgt er für Pläne und wie wehrt er sich gegen die Angriffe aus dem Ausland? Wir erkennen keine Strategie und registrieren stattdessen den scheinweisen Abbau des schweizerischen Bankkundengeheimnisses und damit der Privatsphäre der Leute. Die Folge ist der Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen in unserem Land.

Standort Schweiz

Beispiel Unternehmensbesteuerung: Jahrelange hatte der Bundesrat Zeit, sich eine Strategie zurechtzulegen, wie sich die Schweiz in diesem Bereich ausrichten hätte. Jetzt wurden der EU plötzlich Verhandlungen angeboten, ohne dass klar definiert worden wäre, was der Bundesrat eigentlich für ein Ziel verfolgt. Machen sich die Kantone vor diesem Hintergrund Sorgen und eigene Überlegungen, mass-

regelt die zuständige Bundesrätin jene Kantone und weist sie unmittelbar in die Schranken.

Das Planlose schwappt jetzt auf die Innenpolitik über. In parlamentarischen Entscheidungsprozessen werden immer häufiger, insbesondere bei aussen- und finanzpolitischen Geschäften, reguläre Abläufe missachtet.

Immer häufiger werden ordentliche Verfahrensabläufe übergangen. Die Art und Weise der Durchführung von Vernehmlassungen durch den Bundesrat wirft ein schiefes Licht auf denselben. Immer häufiger kommen verkürzte und überstürzte, sogenannte konferenzielle oder dringliche Verfahren zur Anwendung.

Jüngst bei der Vernehmlassung bezüglich des Vertrags zwischen der Schweiz und Deutschland über Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, wo das Verfahren auf vier Wochen verkürzt wurde. Und das in einer für unser Land doch sehr schwerwiegenden Angelegenheit.

Oder aktuell bei der Steuerung der Zulassung der Spezialärzte, wo zwischen dem Beschluss des Bundesrates und der konferenziellen Vernehmlassung wiederum nur wenige Tage vorgezogen sind.

Oder bei der Verordnung über die Zweitwohnungsinitiative, über die wir am 11. März abgestimmt haben. In einer Hauruck-Übung wurde ein abgekürztes Verfahren gewählt.

Oder aber auch bei der Botschaft zu den Olympischen Winterspielen 2022. Wir sind als Partei doch nicht bereit, uns in einer Frist von rund 10 Tagen zu einer Vorlage zu äussern, die zusätzliche Bundesausgaben von rund einer Milliarde Franken mit sich bringen wird. Das ist unseriös.

Der Trend zu kurzfristig anberaumten Verfahren wirft ganz grundsätzlich Fragen bezüglich der Planung und der vorausschauenden Führung durch den Bundesrat und die Departemente auf. Beispiele gibt es zuhauf.

Energiewende

Energiestrategie 2050? Ist es eine Strategie, wenn man infolge eines Ereignisses kurzfristig und über Nacht die Politik um 180 Grad kehrt? Jetzt hat man zwar ein Ziel, aber keinen glaubwürdigen Plan. Statt von einer Energiestrategie 2050 würde der Bundesrat viel besser von einem Bündel an Ener-

gieideen sprechen. Betrachtet man die Vorschläge ehrlich, so baut er auf Luftschlösser und weiss in keiner Art und Weise, wie man den Strombedarf im Inland mit Eigenproduktion decken kann. Stattdessen versteckt sich der Bundesrat hinter Importen, die die Lücke schliessen sollen.

Sozialwerke

Der Bundesrat schaut nicht voraus. Statt langfristig unsere Sozialwerke zu sanieren und zu sichern, baut der Bundesrat auf ein Schneeballsystem namens Zuwanderung. Was im Alltag strafbar wäre, verkünden der Bundesrat und die Wirtschaftsverbände systematisch. Man bietet uns allen Ernstes die Zuwanderung als Lösung der Probleme bei der Finanzierung unserer Sozialwerke an. Im Schneeballsystem finanzierte Sozialwerke, die einseitig auf die Einwanderung abstützen, verdecken den Bedarf für echte Reformen. Das ist fahrlässig.

Landwirtschaft

Der Bundesrat spricht von mehr Wettbewerbsfähigkeit, unterbreitet aber mit der Agrarpolitik 2014 eine Vorlage, die die Nahrungsmittelproduktion und damit die Ernährungssouveränität in unserem Land abbaut und stattdessen auf noch mehr Ökologie und Extensivierung setzt. Was ist die Strategie dahinter?

Raumplanung

Der Bundesrat präsentiert ein Raumkonzept Schweiz und fokussiert die künftige wirtschaftliche Entwicklung auf die sogenannten Metropolitanregionen.

Also just jene Zentren, die schon heute morgens und abends zusammenbrechen und chronisch überlastete Infrastrukturen wie zum Beispiel Strasse und Schiene haben. Darf die Schweiz in der Fläche keine Arbeitsplätze mehr aufbauen?

Einzige Konstante beim Bundesrat: Man springt immer mehr ins Ausland und ist auf das eigene Ansehen bedacht. Gefragt wäre stattdessen vor dem aktuellen Hintergrund der Angriffe aus dem Ausland und der innenpolitischen Baustellen eine vorausschauende Politik. Eine auch den nächsten Generationen verpflichtete verantwortungsvolle Politik.

Was machen die Parteien?

Die CVP feierte am Wochenende die Aargauer Wahlergebnisse und ihren runden Geburtstag. Mangels profilierter Persönlichkeiten in den eigenen Reihen musste man einen Deutschen einladen. Heiner Geissler, ehemaliger Generalsekretär der CDU. Ist diese Partei noch dem eigenen Land verpflichtet?

Die SP muss man vorab im Ausland suchen. Hintertreibt sie nicht gerade den Finanzplatz Schweiz in Berlin oder Brüssel, so findet man SP-Präsident Levrat derzeit bei Barack Obama in Washington. Er will dort für seine Genossen bestimmt von den Demokraten lernen, wie in Zukunft noch mehr Staatsdefizite und Umverteilung erreicht werden kann. Ist diese Partei noch dem eigenen Land verpflichtet?

Und wir, die SVP? Wir bleiben in der Schweiz und nehmen unsere Verantwortung wahr. Wir trafen uns im Kanton Uri zur Delegiertenversammlung. Schöpften Kraft für neue Aufgaben im Land von Tell. Wir stehen hin und entwerfen eigene Strategien und Konzepte. Zeigen alternative Wege auf. Auch wenn sie unbequem sind.

Wir blicken zurück auf die vergangenen Wahlen. Registrieren Konstanz auf hohem Niveau und halten uns mit grossen Worten zurück. Denn wen interessieren schon Wähleranteile vor dem Hintergrund der grossen ungelösten innenpolitischen Probleme. Wir sind dem eigenen Land verpflichtet! Wir haben viel Arbeit vor uns.

AKTUELL

Erneut solides Wahlwochenende für die SVP

Auch das zurückliegende Wochenende war für die SVP erfreulich. Im Kanton Basel-Stadt konnte die SVP ihre Position als stärkste bürgerliche Kraft weiter ausbauen. In der Stadt Schaffhausen ist sie neu gar stärkste Partei im Parlament. Zulegen konnte die SVP auch bei verschiedenen Kommunalwahlen im Kanton Bern.



MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

SVP. Dass sich die SVP auch im städtischen Umfeld behaupten kann, zeigte das vergangene Wochenende. Im Kanton Basel-Stadt legte die SVP bei den Grossratswahlen auf 15 Prozent Wähleranteil zu (2008: 13,9%). Damit vermehrte die SVP ihren Wähleranteil seit dem Jahr 2000 kontinuierlich um insgesamt 50 Prozent zu steigern. Die SVP hatte in der vergangenen Legislatur insbesondere das für Basel wichtige Thema «Sicherheit» ins Zentrum ihrer politischen Arbeit gestellt und damit einen glaubwürdigen Leistungsausweis erbracht.

Einen Meilenstein konnte die SVP auch in der Stadt Schaffhausen setzen.

In der lange Zeit von einer SP-Mehrheit dominierten Munot-Stadt wurde die SVP zur stärksten Kraft im Grossen Stadtrat (Parlament). Der Wähleranteil konnte von 20,3 Prozent auf 22,6 Prozent gesteigert werden. Noch vor acht Jahren lag die SP in Schaffhausen über 6 Prozentpunkte vor der SVP. Heute ist die SVP um fast ein Prozent stärker und verfügt mit acht Sitzen über ein Mandat mehr im Parlament als die SP.

Erfreulich sind auch die jüngsten kommunalen Wahlergebnisse aus dem Kanton Bern. In der Stadt Langenthal, in der die SVP mit Thomas Rufener auch den Stadtpräsidenten stellt, konnte die Partei im Stadtparlament von 22,4 Prozent auf 23,7 Prozent zulegen. Auch in weiteren Gemeinden (z.B. Heimberg und Ipsach) schnitt die SVP erfolgreich ab und holte in einzelnen Exekutiven gar die absolute Mehrheit.

Schweizerzeit

«Schweizerzeit»-Herbsttagung 2012

Samstag, 3. November 2012 - 09.15 - 14.00 Uhr
im Hotel Hilton, Hohenbühlstrasse 10, Zürich-Flughafen

Inge M. Thürkauf
Publizistin

**Gender Mainstreaming
und die Neue Weltordnung**

ab 08.30 Uhr	Willkommenskaffee
09.15 Uhr	Tagungsbeginn, Referat von Frau Inge M. Thürkauf
10.45 Uhr	Podiumsgespräch mit Armin Binotto, Schaffhausen, Andrea Hiestand, Turbenthal ZH, Willi Villiger, Eggenwil AG; Leitung: Ulrich Schluer
12.30 Uhr	Apéro riche

Teilnahmekosten: Fr. 50.-

Anmeldung

«Schweizerzeit»-Herbsttagung vom 3. November 2012

Name/Vorname:

Strasse/Nr.

PLZ/Ort.

Bitte einsenden bis spätestens Freitag, 26. Oktober 2012 an:

«Schweizerzeit», Postfach 23, 8416 Hünch
Telefon 052 301 31 00 – Fax 052 301 31 03 – E-Mail: info@schweizerzeit.ch

KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Rechtssicherheit für den Wirtschafts- und Finanzplatz

Diese Woche behandelte der Kantonsrat eine Vielzahl von Vorstössen aus der Küche der linken Ratsseite zu den Themen Energie, Bau und Umwelt. Unser Baudirektor Markus Kägi (SVP) stand im Fokus der ganztägigen Debatte. Die SVP-Fraktion konnte viele der linken Begehren verhindern.



YVES SENN
KANTONS RAT SVP
WINTERTHUR

Mit einem dringlichem Postulat forderten **Jürg Trachsel** (SVP, Richterswil), **Martin Arnold** (SVP, Oberrieden) und **Gregor Rutz** (SVP, Küsnacht) den Regierungsrat auf, ein Konzept auszuarbeiten, welches die langfristige und zuverlässige Gewährleistung von Rechtssicherheit, Schutz und Stärkung des Finanzplatzes Zürich sowie dessen Bewahrung vor weiterem Schaden beinhaltet. Der Regierungsrat hielt in seiner Stellungnahme fest, dass im Finanzsektor rund 93 000 Personen arbeiten bzw. über 10 Prozent der Beschäftigten des Kantons Zürich, davon rund 58 000 Arbeitskräfte im Bankensektor. Die Wertschöpfung des Finanzsektors betrug im Jahr 2010 rund 28 Mrd. Franken, was über 20 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung des Kantons Zürich entspricht. Hinzu kommen die Leistungen zahlreicher Zulieferer aus verschiedenen anderen Wirtschaftszweigen sowie der vielen Dienstleister für den Finanzplatz.

Der Regierungsrat setzt sich im Rahmen der Standortentwicklung und Standortpflege für den Kanton und seinen Finanzplatz ein. Er hat an der Lösung der mit dem Postulat angesprochenen Probleme grösstes Interesse. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die strategische Führung zur Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen und zur Verteidigung des Finanzplatzes beim Bund liegt. Auch im Bereich des Bankkundengeheimnisses und in der Aussenpolitik steht vorab der Bund in der Pflicht. Jürg Trachsel monierte im Rat, dass die Finanzbran-

che in Europa mit grossen Problemen zu kämpfen hat und der Regierungsrat sich mit einer lapidaren Erklärung begnügt. Es stünde dem Regierungsrat gut an, wenn er klar Stellung beziehen würde und eine Strategie für die Zukunft bereit hätte. Gregor Rutz doppelte nach und betonte, dass es nicht um die Frage von Schwarzgeld oder Steuerhinterziehung geht, sondern um die Frage des Standortes Zürich. Stabile Rahmenbedingungen würden zu stabilen Arbeitsplätzen und diese zu Investitionen führen. Der Kanton Zürich habe das Recht, in diesen Fragen mitzureden und nicht alles dem Bund zu überlassen. Es sei sehr wichtig, dass der Kanton Zürich in Bundesbern Einfluss nehme und seine Stimme gehört werde. Volkswirtschaftsdirektor **Ernst Stocker** (SVP) erklärte, dass die Bedeutung des Finanzplatzes für den Kanton Zürich äusserst wichtig sei. Es werde nach bestem Wissen und Gewissen nach Lösungen gesucht. Allerdings seien die Interessen sehr unterschiedlich. Das Postulat wurde abgelehnt.

«Strom für morn»

Mit der Volksinitiative «Strom für morn» wird verlangt, dass der Kanton Zürich, die EKZ und die Netzbetreiber der Gemeinden keine neuen Beteiligungen an Grosskraftwerken, welche für die Erzeugung von Elektrizität aus nicht erneuerbaren Energien angelegt sind, erwerben. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragte dem Kantonsrat, einen Gegenvorschlag zu dieser Initiative auszuarbeiten. **Orlando Wyss** (SVP, Dübendorf) stellte klar, dass die EKZ Verteiler und nicht Produzent des Stroms sind. Allerdings sei der Kanton Zürich Vertragskanton im Axpo-Verbund, welcher eine Stromlieferpflicht zu-

gunsten des Kantons Zürich bzw. der EKZ habe. Die SVP-Fraktion lehne sowohl die Initiative als auch einen möglichen Gegenvorschlag ab. Die EKZ sollen sich auch weiterhin in einem liberalisierten Strommarkt behaupten können (siehe Kommentar). Der Kantonsrat beschloss dennoch mit 92 zu 82 Stimmen, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten.

Flughafenregion

Mit einem Postulat forderte **Erich Bollinger** (SVP, Rafz) zusammen mit der FDP den Regierungsrat auf, die kantonale Planungs- und Baugesetzgebung dahingehend anzupassen, dass die bauliche Entwicklung in den Gemeinden der Flughafenregion in Zukunft gewährleistet und verbessert wird. Dazu sind Sonderbauvorschriften zu erlassen, welche mehr Flexibilität in der Siedlungs- und Nutzungsstruktur und Entwicklung in den Flughafengemeinden ermöglichen. Für unerschlossene und teilerschlossene unüberbaute Bauzonengebiete sowie für neue Bauzonengebiete sind im Rahmen der Revision des kantonalen Richtplans in Koordination mit dem SIL und den An- und Abflugverfahren wieder rechtmässige Verhältnisse zu schaffen. **Erich Bollinger** erklärte, dass die Weiterentwicklung der Flughafenregion momentan gefährdet ist und mit dem Postulat die richtigen Signale nach Bern gesendet werden. Baudirektor **Markus Kägi** (SVP) stellte im Rat klar, dass das Wichtigste in der Flughafenregion die Rechtssicherheit ist. Diese sei allerdings noch nicht erreicht. Die Gespräche mit dem Bundesrat würden geführt und die Botschaft aus Zürich sei in Bern angekommen.

Das Postulat wurde mit 103 zu 68 Stimmen überwiesen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Unternehmerische Freiheit der EKZ bewahren



ORLANDO WYSS
KANTONS RAT SVP
DÜBENDORF

Die Volksinitiative «Strom für morn» verlangt, dass der Kanton Zürich, die EKZ und die Netzbetreiber der Gemeinden keine neuen Beteiligungen an Grosskraftwerken, welche für die Erzeugung von Elektrizität aus nicht erneuerbaren Energien angelegt sind, erwerben. Das gleiche gilt auch für langfristige Bezugsverträge. Solche Beteiligungen sollen bis spätestens 2035 beendet werden.

Der Kanton Zürich und die EKZ halten keine direkten Beteiligungen an Grosskraftwerken für die Stromerzeugung aus nicht erneuerbaren Energien. Die EKZ ist Verteiler und nicht Produzent von Strom. Der Kanton Zürich ist Vertragskanton im Axpo-Verbund, welcher eine Stromlieferpflicht zugunsten des Kantons Zürich bzw. der kantonseigenen EKZ hat. Gleichzeitig ist die EKZ aber auch verpflichtet, ihren Strom ausschliesslich bei der Axpo zu beziehen. Dies ist ein langfristiger Liefervertrag im Sinne der Volksinitiative. Um im Axpo-Verbund nach 2035 verbleiben zu können, müsste der Kanton Zürich, resp. die EKZ, diesen dazu bringen können, Strom aus erneuerbaren Quellen zu liefern, oder aus dem Axpo-Verbund austreten. Da der Kanton Zürich zwar der grösste Aktionär ist, aber keine Mehrheit in diesem Verbund hat, wäre der Austritt vorprogrammiert.

Sollte die Initiative angenommen werden, müsste sich der Kanton Zürich, resp. die EKZ, vom gesetzlichen Versorgungsauftrag zurückziehen. Die EKZ würden im freien Strommarkt sang- und klanglos untergehen und den schweizerischen und ausländischen Stromlieferanten sowie den Energielieferanten der Gemeinden oder Privaten das Stromversorgungsgeschäft mit günstigem Strom überlassen. Auch könnten die EKZ ihren Beitrag zur bundesrätlichen Energiewende im Bereich Wärme-Kraft-Kopplung nicht leisten.

Weil mit dem Stromversorgungsgesetz der Strommarkt liberalisiert wurde, können alle Netzbetreiber und Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100 MWh im Jahr ihren Stromlieferanten frei wählen. In einem nächsten Ausbauschritt wird diese Wahlfreiheit allen Strombezugern zugesichert. Diese Marktöffnung

wird in jedem Fall eintreten, egal was wir im Kanton Zürich beschliessen. Somit können den Netzbetreibern der Gemeinden nicht durch ein kantonales Gesetz Vorschriften gemacht werden, woher sie den Strom beziehen, wenn ihnen das eidgenössische Stromversorgungsgesetz die Wahlfreiheit zusichert. Aus diesem Grund ist die Teilungsgültigkeit der Volksinitiative «Strom für morn» gegeben.

Vom Regen in die Traufe

Die Initianten haben dieses Problem erkannt und die Ermächtigung für einen Gegenvorschlag beantragt. Der Kantonsrat ist leider diesem Ansinnen gefolgt und hat nun einen solchen beschlossen. Dieser Gegenvorschlag soll entweder die Volksinitiative nur auf die EKZ beschränken, also das EKZ-Gesetz ändern, oder die Leistungsaufträge oder die Konzessionsbedingungen ändern. Mit diesem Gegenvorschlag kommen wir vom Regen in die Traufe. Da absehbar ist, dass die Änderung des EKZ-Gesetzes die einfachere Lösung für die Initianten darstellt, werden wir mit diesem Beschluss unsere erfolgreichen EKZ in ihrem Versorgungsauftrag und auch in ihrem erfolgreichen Geschäftsmodell akut gefährden. Da bei einem offenen Strommarkt alle anderen Energielieferanten sich nicht an solche Restriktionen zu halten haben, wird die Annahme dieses Gegenvorschlages das Ende der EKZ in ihrer heutigen Form bedeuten. Damit verbunden sind Arbeitsplatzverluste in erheblichem Ausmass. Doch dass dies nicht die grösste Sorge der Initianten ist, haben sie in gleicher politischer Zusammensetzung bei der Zerschlagung unseres Finanzplatzes bewiesen, wo Arbeitsplätze im schweizerischen Bankwesen zu Tausenden verschwinden werden.

Die SVP lehnt die Volksinitiative ab und unterstützt deren Teilungsgültigkeit, wie das auch der Regierungsrat beantragt hat, sollten die Initianten die Volksinitiative «Strom für morn» nicht zurückziehen. Die SVP lehnt auch den Gegenvorschlag ab, da absehbar ist, dass dieser unsere EKZ schwächen oder in ihrer Existenz gefährden wird. Wir wollen auch weiterhin EKZ, welche sich im liberalisierten Strommarkt der Zukunft behaupten können. Die Initiative «Strom für morn» wie auch der auszuarbeitende Gegenvorschlag sind Einschnitte in die unternehmerische Freiheit der EKZ, welche die SVP mit allen Mitteln bekämpfen wird.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... Claudio Schmid (SVP, Bülach) in die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit gewählt. ☺
- ... Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf) zur Präsidentin der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit gewählt. ☺
- ... ein dringliches Postulat betreffend Rechtssicherheit für den Wirtschafts- und Finanzplatz abgelehnt. ☹
- ... ein dringliches Postulat betreffend Ausübung und Mittelverteilung für Forschung und Lehre in der Medizin überwiesen. ☺
- ... beschlossen einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Strom für morn» auszuarbeiten. ☹
- ... ein Postulat betreffend Sanierung von Flur-, Fuss- und Wanderwegen abgeschrieben. ☺
- ... ein dringliches Postulat betreffend Schaffung der korrekten gesetzlichen Grundlagen für die Vergabe der Pachten der Fischereireviere abgeschrieben. ☺
- ... eine parlamentarische Initiative betreffend Bauprogramm Erneuerung der kantonalen Gebäude abgelehnt. ☺
- ... eine Motion betreffend Rahmenkredit Erneuerung der kantonalen Gebäude überwiesen. ☹
- ... ein Postulat betreffend Sonderbauvorschriften für die Flughafenregion, Neuordnung der Siedlungsstruktur überwiesen. ☺
- ... ein Postulat betreffend Strategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt im Kanton Zürich abgelehnt. ☺
- ... eine Motion betreffend Erstellung einer unabhängigen Sicherheitsstudie zum Tiefenlager in Benken / Nördlich Lägern abgelehnt. ☺
- ... eine Motion betreffend Schluss mit dem Widerspruch zwischen Energiepolitik und Stromwirtschaft abgelehnt. ☺
- ... eine Motion betreffend Abwärmenutzung von Abwasserreinigungsanlagen abgelehnt. ☺
- ... eine Motion betreffend Zweckbindung der Erträge aus AXPO-Dividenden für Energie- Effizienz-Massnahmen und zur Förderung neuer erneuerbarer Energien abgelehnt. ☺

29. Oktober 2012

Parolen zur Volksabstimmung vom 25. November 2012

Eidgenössische Vorlagen

1. Änderung vom 16. März 2012 des Tierseuchengesetzes

JA

Kantonale Vorlagen

1. A. Umsetzungsvorlage des Kantonsrates zur «prima-Initiative (Kantonale Volksinitiative für die Weiterentwicklung der Kindergartenstufe)» Gesetz über die Einführung der Grundstufe
1. B. Gegenvorschlag des Kantonsrates: Gesetz über die freiwillige Einführung der Grundstufe

NEIN

NEIN

1. C. Stichfrage

Leer lassen

2. Kantonale Volksinitiative «Rechtsschutz für alle (Mietgericht gebührenfrei)»

NEIN

3. Kantonale Volksinitiative «Transparente Mieten (Offenlegung von Anpassungen bei Neuvermietung)»

NEIN

Inserieren Sie erfolgreich im «Zürcher Boten» / «Zürcher Bauern»

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70 • Fax 044 924 20 79

SVP BEZIRK BÜLACH

Polit-Glamour in Glattfelden

Das traditionelle Herbstfest der SVP des Bezirks Bülach fand dieses Jahr in Glattfelden statt.



Ein gelungenes Herbstfest, finden auch Christoph Mörgeli, Hansueli Lehmann und Alfred Heer.

Sie hat die Mitglieder des ganzen Bezirks Bülach am Freitagabend zum traditionellen Herbstfest ins Hotel Riverside eingeladen – die SVP Glattfelden. Bunte Plakate werben für Schweizer Qualität und eine sichere Zukunft in Freiheit. Die Gästeliste präsentiert sich illuster.

So sind mit Christoph Mörgeli, Alfred Heer und Hans Fehr gleich drei Nationalräte sowie zahlreiche Kantonsräte anwesend. Bundesrat Ueli Maurer lässt sich entschuldigen. Nichtsdestotrotz begrüsst man sich bei Apéro und Akkordeonklängen mit einem Glas Weisswein, freut sich auf einen geselligen Abend unter Gleichgesinnten mit interessanten, nicht nur politikbezogenen Gesprächen.

Gastgeber Tommy Hafner, Präsident der SVP Glattfelden, begrüsst die 140 anwesenden Gäste in den altherwürdigen Mauern der ehemaligen Spinnerei Letten – dem heutigen Riverside – und befürchtet, dass Glattfelden trotz stetem Wachstum in den letzten Jahren zu einer Schlafgemeinde verkümmern wird. Bevor es zu Nüsslisalat mit gehacktem Ei übergeht, wettet Bezirkspräsident und Kantonsrat Matthias Hauser über Korruption und ruft zur Sachpolitik auf. Mit witzigen Sprüchen und gezielter Schlagfertigkeit geht er auf Aktuell-Politische ein. «Sind Mörgeli, Fehr und Steinemann wirklich die Verbrecher, als welche sie von den Medien dargestellt werden?», will er von den Gästen wissen. Die Antwort ist für die Anwesenden klar – Hausers Worte ernten Applaus.

Bei Rindsbrasato und Kartoffelstock laufen die Gespräche an den runden Tischen heiss. Riverside-Inhaber Hansueli Lehmann hat zwar «keine Ahnung vom Kochen», geht dafür aber umso lieber auf die Jagd und isst seinen Teller brav leer. Christoph Mör-

geli sitzt neben ihm, kleckert mit der Sauce und freut sich nicht besonders darüber, dass es glasierte Karotten gibt. «Ich hasse gekochte Rüebli», lässt er seine Tischnachbarn wissen und versucht, den Flecken aus seinem zartblauen Hemd mit Wasser herauszuwaschen. Und gleich noch eine Unwahrheit räumt er aus dem Weg. «Ich habe kein Toupet, es sieht nur im Fernsehen so aus», lacht er und lässt sich von den Damen an seinem Tisch zum Beweis an den Haaren ziehen.

Höchste Konzentration beim Lottospiel

Nationalrat Alfred Heer, gleichzeitig Präsident der SVP Kanton Zürich, hat nach dem Abendessen seinen grossen Auftritt – gleich den zweiten des Tages, denn er trifft mit etwas Verspätung aufgrund der aktuellen Arena-Aufzeichnung ein. «Jetzt kommt mei-

ne Rede – der langweiligste Teil des Abend», verkündet er und relativiert diese Aussage während der nächsten Viertelstunde. Die Gäste hören dem versierten Redner mit Freude zu, lassen sich auf Themen wie «verfehlte Asylpolitik» ein. «Die Schweiz soll lebenswert, frei und unabhängig werden.» Auf diese Aussage erntet Heer viel Applaus.

Nach dem Dessertbuffet geht es mit dem obligaten Lottospiel weiter. Im Saal herrscht höchste Konzentration und gleichzeitig Ruhe. Es scheint, als ob dieses Spiel für einmal sämtliche rhetorisch geschickte SVPLer ausser Gefecht gesetzt habe. «Es war ein wunderschöner, gelungener Abend», zieht Felix Graf, alt Gemeinderat aus Wil, stellvertretend für alle Gäste Bilanz.

Ein Bericht von
Ruth Gantner Dackerman



Bezirksparteipräsident Matthias Hauser begrüsst seine Mitglieder im Riverside.

ZÜRCHER BEAMTENVERSICHERUNGSKASSE

Matthias Hauser kandidiert für Stiftungsrat der BVK

Vom 26. Oktober bis zum 26. November 2012 finden die Wahlen in den Stiftungsrat der Zürcher Beamtenversicherungskasse (BVK) statt. Alle Mitarbeiter des Kantons sind während einem Monat angehalten, ihre Vertreter in den Stiftungsrat zu bestimmen. Der Stiftungsrat wird zum obersten Organ der BVK, nachdem diese ab Anfangs 2014 verselbständigt ist.

ZB. Als Vertreter der BVK-Versicherten im Wahlkreis I «Kanton Schulen» kandidiert SVP-Kantonsrat und Sekundarlehrer Matthias Hauser, der im «Zürcher Boten»/«Zürcher Bauern» ab und zu als Autor auftritt.

Hauser ist offizieller Kandidat des Berufsverbandes SekZH und im Kantonsrat Mitglied der Finanzkommission. Zwei Sitze, 18 Kandidaten, so die Ausgangslage.

In Zusammenarbeit mit den damaligen Kantonsräten Ernst Züst und Theo Toggweiler stellte Hauser bereits im Jahr 2004 diejenigen Fragen zur An-

lagepolitik der BVK, welche bei seriöser Beantwortung den Korruptionsskandal gezeigt hätten.

Er steht für eine kritische Aufsicht über die BVK. Diese ist auch notwendig, zusammen mit einer grossen Vorsicht in der Gestaltung des Anlageportefeuilles und letztlich auch mit Einschränkungen der Leistungen. Denn selbst die dank Sanierungsprogramm gesenkten erwarteten Renditen (3,25%) liegen weit über der Marktrealität, der Rentneranteil am BVK-Vermögen (50%, rund 11 Mia.) ist hoch und müsste zur Deckung der

Renten sogar zu 4% rentieren. Hauser: «Sicherstellen, dass das Vermögen der Versicherten erhalten bleibt, ist wichtiger als die Jagd nach Renditen.» Die SVP Kantonsratsfraktion hat die die Fragen rund um die BVK seit jeher kritisch begleitet und vor der Situation gewarnt, in der sich die BVK heute befindet. Es ist eine logische Fortsetzung dieser Politik, die kritische Aufsicht und umsichtige Führung der BVK nun im Interesse der Versicherten im Stiftungsrat weiterzuführen.

Wahlen unter www.bvk.ch/2014 oder www.matthias-hauser.ch

UNPOLITISCHER UNIVERSITÄTSRAT?

Der Rücktritt von Regine Aepli ist überfällig

An einer ausserordentlichen Sitzung hat sich letzte Woche offensichtlich der Zürcher Universitätsrat mit der Entlassung von Prof. Dr. Christoph Mörgeli befasst. Die bürgerlichen Vertreter der Wirtschaft im Universitätsrat dürften sich für den kurzfristig anberaumten Termin schwerlich freigemacht haben können. Der angeordnete Verbesserungsbedarf der Führungsstruktur der Universität ist ein vertuschendes, verniedlichendes Nebengeleise angesichts der tatsächlich herrschenden, linkspolitisch motivierten Mobbing-Bereitschaft innerhalb von Universität und Bildungsdirektion. Kurz: Der unzumutbare Umgang mit Prof. Mörgeli zeigt exemplarisch, dass die Lehr- und Forschungsfreiheit heute an der Universität Zürich nicht mehr gewährleistet ist.

SVP. Skandalöserweise sind an der Sitzung weder die vorverurteilende Bildungsdirektorin Regine Aepli (SP) noch die vorverurteilende Nationalrätin Kathy Riklin (CVP) in den Ausstand getreten.

Vielmehr hat Aepli die Sitzung sogar präsidiert, um sich selber und der Universität den gewünschten Pessimismus auszustellen. Die öffentliche Falschinformation in der SF-Sendung «Rundschau» durch Aepli, in welcher sie die erst beginnende Bewährungsfrist für Mörgeli als abgelaufen erklärte, bildete darum offensichtlich auch keinen Kritikpunkt.

Der Universitätsrat behauptet, es lägen keine Anhaltspunkte für politische Hintergründe der Kündigung von Prof. Mörgeli vor.

Dies ist angesichts der bestehenden Aktenlage eine geradezu lächerlich falsche Aussage, hat doch Mörgeli Vorgesetzter, der linksgerichtete Sozialhistoriker Flurin Condrau, seinen Museumsleiter vielfach mündlich und schriftlich wegen dessen öffentlicher politischer Äusserungen – etwa in der Fernsehsendung «Schawinski» – und wegen Faxen mit politischem Inhalt im Institutsdrucker kritisiert und auch im Akademischen Bericht 2011 wiederholt die Isolierung von Institut und Museum «aus politischen Gründen» beklagt.

Zudem hat der Sekretär des Universitätsrates, der ehemalige SP-Kantonsrat Sebastian Brändli, gegenüber Prof. Christoph Mörgeli bereits früher betont, dass sich Mörgeli seiner Meinung nach mit seinen politischen Ansichten ausserhalb dessen bewege, was eine Universität zulassen könne. Dass Mitglieder des Universitätsrates wie die notorischen SVP-Kritiker Kathy Riklin oder Christoph Wehrli, Asyl- und Ausländerspezialist bei der NZZ, oder auch die deutsche Staatsangehörige Barbara Basting, Kulturredaktorin beim Staatssender DRS 2, unpolitisch entscheiden sollen, ist eine geradezu lachhafte Vorstellung. Der Universitätsrat spricht von «Verletzung der Loyalitätspflicht» durch Prof. Mörge-

li, ohne diese Unterstellung näher zu begründen.

Dass aber universitätsinterne Gegner Mörgelis zuerst interne, persönlichkeitsgeschützte Informationen über Mörgeli an den «Tages-Anzeiger» weitergaben, wurde geflissentlich übersehen. Denn es waren Mörgelis Vorgesetzten selber, die zuerst in schwerster Weise ihre Loyalitätspflicht verletzen, bevor sich Mörgeli öffentlich gegen die perfiden Unterstellungen zur Wehr setzen musste.

Wenn der Universitätsrat von «ungenügenden Leistungen» spricht, ohne Prof. Mörgeli das rechtliche Gehör anzubieten, stellt sich die Frage, welche vertraulichen, persönlichkeitsverletzenden Dokumente über Prof. Mörgeli die Universitätsleitung dem Universitätsrat vorgelegt hat.

Forderungen der SVP

Die skandalösen, politisch gesteuerten Zustände in einzelnen Universitätsinstituten, in der Universitätsleitung, in der Universitätsaufsicht und in der Bildungsdirektion sind jetzt endlich zu untersuchen und zu beheben. Die SVP fordert:

- den Rücktritt der im Fall Mörgeli mitintrigierenden Regierungsrätin Regine Aepli;
- den Ausstand der vorverurteilenden National- und Universitätsrätin Kathy Riklin im Fall Mörgeli;
- die rasche Fortsetzung und Vollendung der von Rektor Andreas Fischer am 21. September 2012 versprochenen Untersuchung betreffend Indiskretionen und Qualifikationsverfahren im Fall Prof. Mörgeli, wobei diese durch ein externes Gremium erfolgen soll;
- die rasche Fortsetzung und Vollendung der Untersuchung der auch strafrechtlich relevanten Indiskretionen innerhalb der Universität Zürich durch die Staatsanwaltschaft.

LESERBRIEF

Mörgelis Entlassung nicht politisch motiviert?

Der Universitätsrat ist der Auffassung, dass die Entlassung von Professor Christoph Mörgeli nicht politisch motiviert sei. Ungenügende Leistungen werden als Grund genannt. Man staunt. Mörgeli hat während Jahren ausgezeichnete Arbeit geleistet. Aus einem Wirrwarr von Material im Turm der Universität errichtete er ein modernes Museum der Medizingeschichte. Seine bedeutende Habilitationsschrift, die vielen Doktorandenbetreuungen und die interessanten Ausstellungen werden heute ignoriert. Die politischen Intrigen gegen Mörgeli an der Universität laufen jedoch seit Jahren: Schon im Sommersemester 2001 musste ich als Mitglied der Medizinischen Fakultät miterleben, wie Mörgeli beinahe Opfer einer politischen Intrige wurde. Seine Ernennung zum Ti-

tularprofessor stand auf der Traktandenliste einer Fakultätsversammlung. Verschiedene Mitglieder der Fakultät warnten nachdrücklich vor einer Ernennung, und zwar aus politischen Gründen.

Aus Mörgelis Unterlagen hingegen ging klar hervor, dass er sämtliche Bedingungen zum Titularprofessor erfüllte. Dies konnte ich der Fakultät zeigen. Mit knappem Mehr wurde ihm der Titel verliehen. Nun hat die Uniintrige unter Bildungsdirektorin Regine Aepli, Rektor Andreas Fischer und Professor Flurin Condrau ihren Höhepunkt erreicht.

Prof. Dr. med. Christian Sauter, Zürich, ehemals Direktor der Onkologischen Klinik des Universitätsspitals Zürich

KANTONALE SVP-DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN WÄDENSWIL

«Es braucht die SVP, weil nur sie die Wahrheiten ausspricht»

An ihrer Delegiertenversammlung in Wädenswil fasste die SVP des Kantons Zürich die klaren Nein-Parolen zu den eigentumsfeindlichen Mieterinitiativen. Parteipräsident und Nationalrat Alfred Heer beleuchtete die Gründe, weshalb es die SVP an allen Ecken und Enden braucht. Hans Geiger, emeritierter Bankenprofessor sprach über «Weissgeldstrategie und Bankgeheimnis».

rw. In seiner Standortbestimmung ging Parteipräsident Alfred Heer auf die Mediensituation ein. Ein gutes Beispiel sei der Skandal um die Beamtenversicherungskasse (BVK). Hier hätten unbequeme SVP-Politiker ihre Verantwortung wahrgenommen. Die Medien hingegen hätten ihre Verantwortung nicht wahrgenommen und den damaligen Regierungsrat Huber vor der berechtigten Kritik der SVP verteidigt. «Es braucht die SVP, weil nur sie die Wahrheiten ausspricht», so der Parteipräsident.

Weiter nannte Heer die Probleme in der Asylpolitik beim Namen: «Wieso können Angehörige der Roma – also EU-Bürger – in der Schweiz einfach Asyl beantragen?» Heer erwähnte zahlreiche politische «Baustellen» von der Meinungsfreiheit über die Finanzplatzfrage bis zum Stellenabbau bei der UBS. Er kritisierte auch, dass die FDP in der Stadt Zürich bei der Frage um die Nachfolge ihres Stadtrates Vollenwyder das substanzielle Angebot der SVP in Verbindung mit den Gesamterneuerungswahlen «schnöde» abgelehnt habe.

Thomas Matter, Quästor der Kantonalpartei, präsentierte den Delegierten das Budget 2013. Dieses sieht in einem Nicht-Wahljahr einen Gewinn von 104 000 Franken vor. Die Delegierten genehmigten den Voranschlag ebenso wie die unveränderten Mitgliederbeiträge.

Mieterfrieden erhalten

Die Parolen zu den kantonalen Initiativen des Mieterverbandes fasste die Partei kontradiktorisch. Davide Loss, SP-Kantonsrat aus Adliswil vertrat den Pro-Standpunkt. SVP-Kantonsrätin Barbara Steinemann lehnte die Initiativen ab. Die Initiative «Mietgericht gebührenfrei» gefährde die bisher bewährte Konfliktlösung zwischen Mietern und Vermietern durch die ko-

stentlose Schlichtungsbehörde als erste verbindliche Anlaufstelle, sagte Steinemann. Bei dieser Vorlage würde eine Verlagerung von Kosten vom privaten Interesse des einzelnen, prozesswilligen Mieters auf den Steuerzahler übergehen – vom Obergericht werden diese Ausfälle an Gebührenerträgen auf rund 900 000 Franken pro Jahr geschätzt.

Die zweite Initiative «Transparente Mieten» fordert die Wiedereinführung der 2003 abgeschafften Formularpflicht. Ein zusätzliches amtliches Formular verschafft den Mietern keine zusätzlichen Rechte oder Vorteile und die gesetzliche Verpflichtung, interessierten Mieter-Anfrage den bisherigen Mietzins mitzuteilen, besteht unabhängig von der Formularpflicht. Verschiedene Votanten ergriffen gegen die eigentumsfeindlichen Initiativen das Wort.

Die Parolen der SVP waren deutlich: Die Delegierten sagten mit einer gegen 173 Stimmen bei einer Enthaltung nein zur Initiative «Rechtsschutz für alle (Mietgericht gebührenfrei)». Ebenfalls nein sagten sie mit 173 gegen 2 Stimmen bei der Initiative «Transparente Mieten (Offenlegung von Anpassungen bei Neuvermietung)».

Kantonsrat Martin Haab informierte über das neue Tierseuchengesetz. Der Vorstand der Kantonalpartei hatte dazu einstimmig die Ja-Parole gefasst. Es erlaube den Landwirten, die Tiere besser vor Seuchen zu schützen. Die Angst vor Zwangsimpfungen sei unbegründet. Das Gesetz stärke die Rechte der Tierhalter sowie die Prävention und die Tiergesundheit, erklärte Haab.

2 x nein zur Abschaffung des Kindergartens

Kantonsrätin Anita Borer informierte über die Prima-Initiative und den Ge-

genvorschlag, welche beide die Einführung der Grundstufe und damit die Abschaffung des Kindergartens zum Ziel haben.

Die SVP empfiehlt 2 x nein sowie «leer lassen» bei der Stichfrage. Dass das Modell der Grundstufe trotz hohen Kosten und keinerlei gewichtigen Vorteilen weiterhin portiert wird, zeige, dass seitens der Verfechter des Modells ideologische und nicht praktische Überlegungen im Vordergrund stünden, sagte die Bildungspolitikerin. «Letztlich muss unser Ziel in der Bildungspolitik sein, die Qualität zu verbessern. Weder die Prima-Initiative noch der Gegenvorschlag bringen uns diesem Ziel näher. Deshalb empfehle ich, bei der Prima-Initiative und beim Gegenvorschlag ein Nein in die Urne zu legen und – da keine Vorlage bevorzugt wird – die Stichfrage leer zu lassen.»

Finanzplatz und Weissgeldstrategie

Quasi am Vorabend der neuen Weissgeldstrategie von Finanzministerin Widmer-Schlumpf referierte der emeritierte Bankenprofessor Hans Geiger über die so genannte Weissgeldstrategie und die gravierenden Folgen für den Finanzplatz. Geiger stellte fest, dass die Schweiz die tiefste Steuerhinterziehungsrates habe. Der Kunde müsse für seine Steuern verantwortlich sein und nicht die Banken. Im Hinblick auf das Steuerabkommen mit Deutschland betonte Geiger: Kein Land zieht für andere Länder die Steuern ein. Nur die Schweiz mache dies. Präsident Heer betonte in der Diskussion, dass sich die SVP des Kantons Zürich weiterhin aktiv diesem wichtigen Thema widmen werde. Der «Zürcher Bote» wird im Verlaufe des Novembers die von Prof. Hans Geiger an der Delegiertenversammlung geäusserten Thesen in einem Artikel veröffentlichen.



Parteipräsident Alfred Heer zwischen den beiden Referenten Davide Loss und Barbara Steinemann. (Bildquelle: Zürichsee-Zeitung: hom)

BVK-Abstimmung erst im März?

Schliesslich orientierte Kantonsrat Gregor Rutz über den Entscheid von Regierungsrat und Parlament, die Verbuchung der BVK-Einmaleinlage im Umfang von 1,6 Mia. Franken vom mittelfristigen Ausgleich auszunehmen.

Das widerspreche der Kantonsverfassung. Die Verrechnung mit dem Goldertrag der SNB sei ein plumper buchhalterischer Trick. Aus diesem Grund habe die SVP-Fraktion im April das Behördenreferendum ergriffen. Statt die Vorlage vorschriftsgemäss in 7 Monaten an die Urne zu bringen, wolle der Regierungsrat das Geschäft bis zum März 2013 hinauszögern. «So sollen unliebsame Dis-

kussionen im Zusammenhang mit dem PUK-Bericht umschiffen werden», so Rutz.

Dank an Sektion Wädenswil

Die Veranstaltung fand in der reich geschmückten Halle in Wädenswil statt. Begrusst wurden die Delegierten von Regierungsrat Ernst Stocker. Er stellte als ehemaliger Stadtpräsident auf humorvolle Weise die Stadt Wädenswil vor. Der Parteipräsident bedankte sich bei den Veranstaltern der SVP Wädenswil für die gelungene Durchführung der DV. Musikalisch umrahmt wurde der Abend von der Blaskapelle Zimmerberg unter Leitung von Reto Diem. Jeder Besucher wurde zuletzt mit einem kleinen Präsent entlassen.

«JA» ZUM EIDGENÖSSISCHEN TIERSEUCHENGESETZ

Verbesserte Prävention ist notwendig

In der Frühjahrssession 2012 haben National- und Ständerat eine Änderung des Tierseuchengesetzes angenommen. Das Hauptziel der Revision ist es, die Prävention und damit den Schutz vor Tierseuchen zu verbessern. Dagegen hat eine Gruppe um den Verein für die unabhängige Impfaufklärung das Referendum ergriffen, dies vor allem mit dem Schlagwort des angeblichen Impfwanges.



MARTIN HAAB
KANTONSRAT SVP
METTMENSTETTEN

Die schweizerischen Nutztiere sind im internationalen Vergleich sehr gesund. Im Laufe der letzten fünfzig Jahre ist es gelungen, viele Tierseuchen auszurotten. Dieser Erfolg ist einerseits dem Tierseuchengesetz aus dem Jahre 1966 und andererseits dem rigorosen Grenzschutz zu verdanken. In den letzten Jahrzehnten hat der Tier-, Waren- und Personenverkehr in und aus aller Welt rasant zugenommen. Dadurch können bekannte Tierseuchen (Tollwut, Maul- und Klauenseuche) jederzeit wieder auftreten. Auch der Klimawandel erhöht das Risiko massiv: Tierseuchen, von denen man ab und zu hörte, aber dachte, sie würden nie zu uns kommen, sind entweder schon in der Schweiz angelangt (z. B. Blauzungenkrankheit) oder nähern sich bedrohlich (so etwa die afrikanische Schweine- oder Pferdepest). Das geltende Tierseuchengesetz legt den Schwerpunkt auf die Seuchenbekämpfung. Die neuen Herausforderungen und Gefahren verlangen aber nach einer verbesserten Prävention.

Selbstverantwortung der Tierhalter

Mit der Revision des Tierseuchengesetzes wird der Bund beauftragt, wirk-

same Präventionsmassnahmen zur Früherkennung und Überwachung der Seuchen zu ergreifen und in Zusammenarbeit mit den Kantonen umzusetzen. Weitere wichtige Verbesserungen sind zur Vorbeugung und Bekämpfung der Bienenkrankheiten vorgesehen.

Der Hausierhandel mit Tieren wird generell verboten und dabei der problematische Handel mit Hundewelpen unterbunden. Ein besonderer Pluspunkt der Revision ist die einheitliche Regelung der Finanzierung und Leistungsabgeltung bei nationalen Bekämpfungs- und Präventionsprogrammen.

Die Revision stärkt aber auch die Rechte der Tierhalter; so können z. B. alle Verfügungen der Veterinärbehörden mit einer Einsprache angefochten werden.

Die Selbstverantwortung der Tierhalter wird gestärkt. Wie erwähnt haben impfkritische Kreise das Referendum eingereicht. Die vorliegende Revision des Tierseuchengesetzes ist aber keine Impfvorlage. Die Regeln für Impfungen bleiben bei einem «Ja» oder «Nein» zur Revision genau gleich.

Bezüglich Impfstoffen sind nur zwei Anpassungen vorgesehen: erstens kann der Bund Impfstoffe beschaffen und diese unentgeltlich oder verbilligt abgeben und zweitens kann der Bund Impfstoffbanken betreiben. Prävention bedeutet nicht einfach

«impfen», denn gegen einige für die Schweiz neuen Tierseuchen (Schmallenberg-Virus, Besnoitiose und andere) gibt es bis heute noch keine Impfung.

Es ist deshalb wichtig dass andere Massnahmen zum Schutz unserer Nutztiere ergriffen werden können. Das Parlament hat die vorliegende Revision des Tierseuchengesetzes mit sehr grossen Mehrheiten beschlossen: der Ständerat einstimmig mit 43 Ja-Stimmen und der Nationalrat mit 192 Ja-Stimmen zu 1 Gegenstimme. Auch die landwirtschaftlichen Organisationen der Tierproduktion und die Landwirtschaftskammer des Schweizerischen Bauernverbandes unterstützen die Revision des Tierseuchengesetzes. Der Vorstand des Zürcher Bauernverbandes hat ebenfalls die Ja-Parole beschlossen.

Koordinierte Massnahmen

In Kenntnis all dieser Fakten hat der Vorstand der Zürcher SVP ohne Gegenstimme dieser Gesetzesrevision zugestimmt.

Die SVP des Kantons ist überzeugt, dass mit nachhaltigen und koordinierten Massnahmen im Sinne der Prävention das Wohl der Tiere und dasjenige der Landwirtschaft gewährleistet sein wird.

Deshalb empfehlen wir, am 25. November 2012 ein «JA» zum Tierseuchengesetz in die Urnen zu legen.

SVP-Fachtagung «Asylpolitik am Ende?»



Datum Samstag 24. November 2012
Zeit 9.30–13.00 Uhr (anschliessend Apéro)
Ort Hotel Wallberg, Eichholzstrasse 1, 8604 Volketswil
Teilnehmer primär Fachexperten aus den Kantonen sowie Interessierte. Teilnehmerzahl beschränkt, Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangsdatums berücksichtigt.

Ablauf

- 9.30 Uhr Begrüssung / Einführung**
Nationalrat Heinz Brand (GR), Tagungsleiter 15'
- 9.45 Uhr Missstände im Schweizer Asylwesen**
Nationalrat Christoph Blocher (ZH), ehem. Vorsteher EJPD 15'
- 10.00 Uhr Kriminelle Asylbewerber im polizeilichen Alltag**
Luzio Kindschi, stv. Kripochef Kanton GR 15'
- 10.15 Uhr Scheitert die Durchsetzung des Asylrechts am Vollzug?**
David Keller, Chef Amt für Migration Kanton SZ, Präsident VKM 15'
- 10.30 Uhr Belastung für die Gemeinden am Beispiel Rorschach**
Nationalrat Thomas Müller (SG), Stadtpräsident von Rorschach 15'
- 10.45 Uhr Kaffeepause**
- 11.15 Uhr Lösungsansätze aus Sicht BFM – Perspektiven für Bürger und Gemeinwesen**
Mario Gattiker, Direktor Bundesamt für Migration 20'
- 11.40 Uhr Diskussionspanel mit allen Referenten und Fragen aus dem Publikum**
Moderation durch Tagungsleiter 60'
- 12.40 Uhr Schlusswort**
Nationalrat Heinz Brand (GR), Tagungsleiter 15'

Ca. 13.00 Uhr Ende der Tagung, anschliessend Apéro

Anmeldetalon

Ich nehme an der Fachtagung teil

Name/Vorname:

Funktion:

Adresse:

Telefon/E-Mail:

Bitte die Anmeldung bis spätestens am Montag, 19. November 2012 an Ariane Imobersteg, imobersteg@svp.ch oder Fax 031 300 58 59 senden.

Besten Dank.

Fadegrad

Auslegeordnung



VON ROLF A. SIEGENTHALER

Zürich steht wieder einmal vor Stadtratsersatzwahlen. Für viele scheint es eine ausgemachte Sache, dass die SVP antreten muss. Es gibt aber auch Gründe, die dagegen sprechen. Die Gewinnaussicht ist dabei nur ein Faktor. Sonst hätte die grösste bürgerliche Partei Zürichs in den letzten Jahren nie an Stadtratswahlen teilgenommen. Wir wussten genau, wie gering unsere Aussicht war, dabei Erfolg zu haben. Ein Exekutivamt ist nur zu erreichen, wenn man parteiübergreifend Stimmen holt. Die SVP will aber nicht anderen Parteigängern gefallen, sondern die staatliche Einmischung zugunsten von verstärkter individueller Freiheit verkleinern. Damit gewinnt man im linken Zürich keinen Stadtratssitz. Für die Wahlen in den Gemeinderat stehen die Zeichen anders. Da gilt es, möglichst klar positioniert zu sein. Der Wähler muss darauf vertrauen, dass die Leute auf der von ihm eingelegten Liste tatsächlich tun, was sie versprechen. Bei Parlamentswahlen gewinnt die SVP nach wie vor, weil sie ihre Versprechen einlöst und ihre Politik glaubwürdig vertritt. Wenn heute über Ersatzwahlen entschieden wird, dann unter diesen Rahmenbedingungen. Die FDP rutscht seit Jahren auf der schiefen Ebene nach unten und scheint den physikalischen Grundsatz widerlegen zu wollen, dass einen dabei Reibung bremst. Sie hat im Parlament laufend Sitze verloren, dabei aber im Stadtrat zwei von ehemals drei Vertretern halten können. Der Abbau dürfte auch hier weitergehen. Der Grund dafür sind die neuen Parteien, die auf linker Seite aufgekommen sind. Vorneweg kamen die Grünen und dann die Grünliberalen. Sie haben den Pakt zwischen SP und FDP zerschlagen. Vorher gönnte die SP der FDP drei Sitze, behielt die Mehrheit im Stadtrat, stellte aber sicher, dass sich auch die Freisinnigen an der Verantwortung beteiligten. Damit sicherte die SP Mehrheiten und die linken Ziele setzten sich nach und nach durch. Die neuen Parteien fanden erst Platz, als das Wahlsystem geändert werden musste. Wenn sich GLP und FDP im Wahlkampf gegenüberstehen, werden die linken Sympathien eher bei der GLP liegen, die FDP könnte sich noch Hoffnungen machen, dass die Wähler der Linken zu Hause bleiben. Aber wer auch immer gewählt wird, im Jahr 2014 kommen die Gesamterneuerungswahlen. Nicht nur Vollenwyder hat mehrere Amtszeiten hinter sich, auch für andere gilt das. Lauber, Türl, Waser – sie alle könnten den Wunsch haben, auszusteigen. In Gesamterneuerungswahlen stehen so oder so alle gegen alle. Da könnte sogar für die SVP ein Sitz drinliegen, wenn die Linke genügend zerstritten ist. Was bringt es, heute Geld, Energie und einen Kandidaten zu opfern und die Leiche FDP zu fleddern? Wäre es nicht klüger, sich auf die Gesamterneuerungswahl zu konzentrieren? Wir sollten politisch Themen setzen. Die Wahlkarten werden 2014 neu verteilt.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Kulturaufwendungen ausser Kontrolle

Die Abteilung Kultur verbrauchte im Jahr 2011 ca. 130 Mio. Franken. Nach Abzug der Einnahmen weist sie noch einen Aufwandüberschuss von fast 84 Millionen Franken aus. Somit fällt dem Gemeinderat die Aufgabe zu, verschiedene Kulturweisungen zu prüfen und die Beiträge jeweils für die nächste Beitragsperiode anzupassen.



MARGRIT HALLER
GEMEINDERÄTIN SVP
ZÜRICH 9

In meiner relativ kurzen Zeit im Gemeinderat erlebe ich, dass die Teuerung dem Stand des Zürcher Index für Konsumentenpreise immer angepasst und die Beiträge meistens erhöht werden. Neu kommt hinzu, dass sich der Stadtrat zum Ziel gesetzt hat, die Kinder- und Jugendkultur zu fördern. Es wurde ein gemeinsame «Strategie 2012–2014» erstellt. Da kein geeigneter Standort für ein geplantes Kinderkulturhaus gefunden werden konnte, werden nun verschiedene Kulturinstitute beauftragt, Kinderkultur explizit zu fördern und die Kultur in die Quartiere hinaus zu tragen, was die Beiträge zu den einzelnen Weisungen massiv verteuert.

Die SVP-Politiker sind wirklich keine Kulturbanausen und prüfen jede Weisung genau. Marktwirtschaftliche Überlegungen gehören zum Parteiprogramm, und diese «Subventionitis» können sie nicht unterstützen. Diese Woche wurden im Gemeinderat zwei Kulturweisungen behandelt.

Theaterförderung, Rahmenkredit

Ruth Anhorn erklärte, dass Zürich über ein grosses Spektrum von Theaterangeboten von Kleinformaten bis hin zu grossen Bühnen verfügt. Diese Vielfalt würde bereits für Theaterinteressierte eine grosse Auswahl bieten. Nicht nur in der Innenstadt, ja auch in Aussenquartieren würden zum Teil seit Jahren Theatergruppen, die mit Laienschauspielern, teils auch schon fast Profischauspielern, bekannte Theaterstücke lernen und aufspielen, existieren. Dies ohne Subventionen, sondern durch Sponsoren und privaten Zuwendungen.

Die Stadt Zürich stellt für den Theaterkredit 2013 1,8 Mio. Franken zur Verfügung. Der Stadtrat beantragt mit dieser Weisung, aus diesem Theaterkredit 600 000 Fr. für einen Rahmenkredit zur freien Verfügung zu entnehmen und

maximal 3 freie Theatergruppen für jeweils 3 Jahre (mit Möglichkeit der Verlängerung) zu fördern. Die Aufteilung der Gelder will der Stadtrat in eigener Kompetenz entscheiden können, so hat der Gemeinderat keine Möglichkeit mehr, sich zu bestimmten Theatergruppen, die aus dem freien Theaterkredit unterstützt werden, zu äussern. Die SVP-Fraktion lehnt deshalb diese Weisung ab.

Theater PurPur, Jahresbeitrag 2013–2016

Das Theater PurPur im Quartier Enge ist ein erfolgreiches Theater und weist einen Eigenfinanzierungsgrad von 90 Prozent aus. Das Engagement ist enorm und wird geschätzt. Bis anhin wurden jährlich 50 000 Fr. Subventionen bezahlt. Margrit Haller erklärte, dass die Stadt die Subventionen auf 150 000! Franken pro Jahr erhöhen möchte. Aber Achtung, diese Erhöhung sei an Bedingungen geknüpft. Die Stadt verlange vom Theater Zusatzleistungen, das heisst, es soll eine «Kinderakademie» gegründet und die Kinderkultur in die Quartiere hinaustragen werden, damit sie auch für bildungsferne Schichten zugänglich sei.

Das Angebot auf die Quartiere erweitern heisst, dass ein zusätzliches Konzept erstellt und die Zusammenarbeit mit andern Anbietern geregelt werden müsste. Dadurch geht den Betreibern des Theaters PurPur wertvolle Energie verloren, die sonst am Standort unternehmerisch eingesetzt werden kann. In den Quartieren bestehen Gemeinschaftszentren, die schon ein breit gefächertes Freizeitangebot anbieten. Die Befürchtung besteht, dass diese Beiträge dann bald auch nicht mehr reichen werden. Angesichts der steigenden Kulturausgaben (2013 plus 8 Mio) und eines defizitären Budgets 2013 (minus 84 Mio Franken) lehnt die SVP-Fraktion diese Weisung ab. Dreimal dürfen Sie raten, ob die Weisungen im Gemeinderat angenommen wurden. Da steht die SVP meistens auf verlorenem Posten.

STADT ZÜRICH: HAFENKRÄNE-NEIN

Steuergeldverschwendung und Staatsschulden – Verrat an der Jugend?

Mit der Initiative «Hafenkräne-Nein» wollen wir ein starkes Zeichen gegen eine Steuergeldverschwendung setzen, die von den linken Parteien im Gemeinderat unkritisch mitgetragen wird.



SAMUEL BALSIGER
JUNGE SVP
ZÜRICH

Stellen wir uns eine surreale Welt und darin eine Familie, eine Mutter, einen Vater und ein zehnjähriges Kind vor. Die Eltern planen nicht sehr weitschauend: Die Einnahmen sinken zwar rapide, dennoch leisten sich beide viel Luxus, den sie sich eben eigentlich gar nicht leisten können. Angst vor der eigenen Zukunft müssen die Elternteile dennoch nicht haben. Denn: In dieser surrealen Welt bekommen sie praktisch unendlich Geld von einer Bank. Das Geldausgeben fällt den Eltern deshalb so leicht, weil sie mit dieser Bank abgemacht haben, dass das zehnjährige Kind, wenn es gross ist, die Schulden abtragen wird. Logischerweise sind somit Begriffe wie Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit oder Kosten-Nutzen-Überlegungen für die Eltern totale Fremdwörter. Vor allem die Mutter gibt in letzter Zeit viel Geld auf Pump des Nachkommens aus.

Keine Scham beim Geldausgeben

Doch halt! Diese angeblich surreale Welt ist uns allen doch gar nicht so fremd. Schauen wir uns in Europa um, wie die Jugend für die jahrzehntelang aufgeblasenen Sozialstaaten, für nicht selber verschuldete Staatsdefizite, mit

eine rekordhohe Jugendarbeitslosigkeit bitter bezahlen muss. Und in der Schweiz? Speziell in der Stadt Zürich? Auch hier kennen die Stadtväter und Stadtmütter keine Scham beim Geldausgeben.

Eine «goldene Schiissi» (Nagelhaus) wollte man für fast 5 Mio. Franken bauen; die Y-Installation, die Riesenschleuder im Hardaupark, verschlang bisher weit über 400 000 Franken Steuergelder; für den Erweiterungsbau des Kunsthauses Zürich sind über 110 Mio. Franken veranschlagt; das Projekt «Örbi» (Öffentlicher-Raum-Bedürfnis-Informationen-Sammel-Ding) kostet 120 000 Franken (die Personalkosten nicht miteingerechnet) und als an dieser Stelle jetzt genanntes Beispiel – der Hafenkran!

Selbstverwirklichung mit elitären Projekten

Für die Installation eines alten Hafenkranes mitten in der historischen Altstadt von Zürich ist Stadträtin Ruth Gerner bereit, 600 000 Franken unvertrautes Steuergeld zu verbraten. Und am Schluss könnte dafür sogar die Millionen-Franken-Marke geknackt werden – Lohnkosten und allfällige Reparaturkosten sind schliesslich im Budget nicht miteingerechnet.

Wir stellen mit Besorgnis fest, dass diese surreale Metapher in der Stadt Zürich heute traurige Realität ist. Statt für

Parolen zur Volksabstimmung vom 25. November 2012

Vorlage Stadt Zürich

1. **Kunsthausextension Zürich, Investitionsbeitrag von 88 Mio. Franken an die Bauherrschaft, einmaliger Beitrag von 5 Mio. Franken und Erhöhung des jährlichen Unterhalts- und Betriebsbeitrags um 7,5 Mio. Franken**

NEIN

RÜCKTRITT MARTIN VOLLENWYDER

FDP weist Unterstützung zurück

Die SVP der Stadt Zürich nimmt den Rücktritt von Stadtrat Martin Vollenwyder zur Kenntnis und bedauert gleichzeitig den Verzicht der FDP auf die Unterstützung der SVP für die daraus folgende Stadtratsersatzwahl.



GEMEINDERAT
ROGER LIEBI
PRÄSIDENT
SVP STADT ZÜRICH

Die Analyse des städtischen Finanzhaushaltes und der sich daraus ergebenden Herausforderungen bewog die Parteileitung der SVP Stadt Zürich, sich bereits in ihrer Klausur vom Januar 2012 mit dieser Rücktrittsvariante zu befassen.

Wir begründeten dies damit, dass sich Martin Vollenwyder lieber als Schönwetterfinanzvorstand im Sinne eines Steigbügelhalters linker Ideen denn als harter Sanierer, der sich allenfalls unbeliebt machen muss, sieht.

Bürgerliche Wende dringend nötig

Die SVP der Stadt Zürich kam in ihrer Analyse zum Schluss, dass die 2013 stattfindende Ersatzwahl unbedingt auch mit der Gesamterneuerungswahl 2014 verknüpft werden muss. Aufgrund der Auswirkungen jahrelanger rot-grüner gewerbefeindlicher Prunkregierung muss es spätestens 2014 zu einer bürgerlichen Wende im Stadtrat unter Einbezug der SVP kommen. Zu diesem Zweck führte die SVP Gespräche mit der Führung der FDP-Stadtpartei und bot ihr die Unterstützung ihres Kandidaten für die Ersatzwahl an, obwohl hier in qualitativer Hinsicht grosse Zweifel an der Ernsthaftigkeit der bis dahin bekannten Kandidaturen angebracht waren. Die einzigen beiden Ver-

handlungspunkte waren das uneingeschränkte Einsteigen für einen bürgerlichen Stadtrat und damit die Unterstützung der SVP-Stadtratskandidaten in den Wahlen 2014 durch die FDP und im Speziellen durch deren Stadträte.

Der FDP geht es um Machterhalt

Am Sonntag, 28. Oktober 2012 teilte der Präsident der FDP Stadt Zürich der Stadtzürcher SVP telefonisch mit, dass die FDP zu keinerlei, auch nicht zu minimalen, Zusagen an die SVP bereit sei, da man nicht wisse, was 2014 bevorstehe.

Die SVP bedauert diesen Entscheid. Ganz offensichtlich will sich die FDP die Türen nach links zu SP und Grünen für die Zukunft nicht zuschlagen. Es geht der FDP trotz der in den letzten Jahren wesentlich verbesserten Zusammenarbeit im Gemeinderat damit unverkennbar nicht um die Sache, nicht um bürgerliche Politik, sondern um reinen Machterhalt.

Die SVP prüft intensiv

Damit im Zürcher Stadtrat zum Wohl der Schweizerinnen und Schweizer, zum Wohl des Gewerbes und der Wirtschaft, auch endlich wieder eine vorbehaltlos bürgerliche Stimme vertreten ist, wird die SVP intensiv prüfen, für die Nachfolge des frei werdenden Sitzes in der Zürcher Stadtregierung mit einem eigenen Kandidaten oder einer eigenen Kandidatin anzutreten. Die schon länger tagende Findungskommission ist bei einem Entscheid der SVP, selber anzutreten, mit geeigneten Kandidatenvorschlägen bereit.

eine sichere finanzpolitische Zukunft für die Jugend von morgen besorgt zu sein, scheint es den linken Politikern wichtiger zu sein, sich mit Hilfe von Steuergeldern und elitären Projekten selber zu verwirklichen.

Diese abgehobene politische Elite wird wohl im Hinterkopf wissen, dass wenn es zum grossen Kassensturz kommt und die Kassen leer sind, sie die Verantwortung dafür nicht tragen müssen. Sonst würden sie mit Sicherheit heute mit dem fremden Geld anders umgehen.

Asoziale Politik der Verschwendung

Mit der Initiative «Hafenkräne-Nein» wollen wir ein starkes Zeichen gegen diese Steuergeldverschwendung setzen,

welche von den linken Parteien im Gemeinderat unkritisch mitgetragen wird. Wir setzen uns gegen den finanzpolitischen Verrat an einer sicheren Zukunft und für unsere wunderschöne Stadt ein. Alle verantwortungsvollen Bürgerinnen und Bürger, egal von welchem politischen Spektrum, sind aufgerufen, sich gegen diese asoziale Politik der Verschwendung, gegen diese masslose Finanzpolitik auf Kosten der nachkommenden Generationen zu erheben. Nur gemeinsam können wir eine Trendwende herbeiführen, indem wir dem Stadtrat abermals sein verantwortungsloses Handeln vor Augen führen und damit unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt über Jahrzehnte bewahren. Die Kinder von heute werden es uns morgen danken.

Unterschriftensammlung «Hafenkräne-Nein»

Um der verantwortungslosen Geldverschwendung des Zürcher Stadtrates einen Riegel zu schieben, lanciert die SVP die Volksinitiative «Hafenkräne-Nein». Das Ziel ist, mit einer möglichst hohen Zahl an Unterschriften dem Stadtrat ein deutliches Signal zu geben, dass die Verschwendung des öffentlichen Raums mit fragwürdigen Projekten von vielen Bewohnern nicht erwünscht ist.

Die Unterschriftenbogen stehen zur Verfügung, mit der Unterschriftensammlung kann sofort begonnen werden. Sämtliche SVP-Kreisparteien erhalten Unterschriftenbogen direkt zugestellt, so dass mit der Sammlung bereits an den Standaktionen vom kommenden Wochenende, vom 3./4. November 2012 begonnen werden kann.

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRAATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 5. November 2012, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstr. 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 10
Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Knonau
Freitag, 18. Januar 2013, 19.30 Uhr, Restaurant Hörnli, Knonau, SVP-Dorfjass. Anmeldungen: svpknonau@gmail.com oder 076 771 02 60.

Samstag, 29. Juni 2013, Besuch Museum Sasso San Gottardo. Weitere Informationen folgen. Anmeldungen: svpknonau@gmail.com oder Natel 076 771 20 60.

Bezirk Affoltern / Obfelden
Freitag, 2. November 2012, 20.00 Uhr, Singsaal Obfelden, SVP-Salamijass.

Bezirk Bülach / Höri
Sonntag, 4. November 2012, 10.30 Uhr, Restaurant Casa Mia, Höri, öffentliche Politveranstaltung mit Kantonsrat Gregor A. Rutz, Küsnacht, und Kantonsrätin Anita Borer, Uster, zum Thema «Vorstellung der kant. und eidg. Abstimmungsvorlagen vom 25. November 2012».

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 10. November 2012, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 16. Politstamm mit Dölf Brack, Experte für Hooliganismus und Sicherheit. Er referiert zum Thema «Gewaltentwicklung im Sport».

Bezirk Dietikon / Aesch
Donnerstag, 15. November 2012, 20.15 Uhr, Restaurant Landhus, Stamm zu den Themen: Wichtige Themen/Debatten im Bundeshaus Bern; Budget 2013 der Gemeinde Aesch; Informationen zur Primarschule und Erweiterungsbauschule. Leitung: Bruno Thode, Präsident SVP Aesch. Es informiert Hans Egloff, Nationalrat (SVP), Petra Mörgeli, Präsidentin Primarschule (SVP) und Diego Bonato, Gemeinderat (SVP).

Bezirk Dietikon / Dietikon
Montag, 5. November 2012, 20.00 Uhr (Apéro ab 19.30 Uhr), Hotel Sommerau, Dietikon, Parteiversammlung. Anlässlich der bevorstehenden Abstimmungen vom 25. November sind u. a. folgende Gastreferenten vorgesehen: Kantonstierärztin Dr. med. vet. Elisabeth Müller (Änderung des Tierseuchengesetzes) und Nationalrat Hans Egloff (Volksinitiativen «Rechtsschutz für alle» und «Transparente Mieten»). Parteimitglieder, Sympathisanten und Interessierte sind herzlich willkommen.

Bezirk Dietikon / Oetwil a. d. L.
Donnerstag, 8. November 2012, 18.30 Uhr, Restaurant Freihof, Oetwil a. d. L., Herbst-Höck.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Sonntag, 11. November 2012, 17.15 Uhr, GA-WO, Spielhofweg 12, Oberrieden, SVP-Novemberanlass (40 Jahre SVP Oberrieden). Als Gast anwesend ist Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident des Kantons Zürich. Er wird über aktuelle Themen referieren und anschliessend für Fragen und Diskussionen zur Verfügung stehen. Vor und nach dem Referat wird uns der Lyra-Chor aus St. Petersburg unterhalten. Abgerundet wird das Programm mit einem Apéro mit feinen Häppchen. Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung per E-Mail oder per Telefon erwünscht. Die Kosten für den Anlass werden von der Parteikasse übernommen, Sponsoren sind jedoch jederzeit herzlich willkommen! Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung und sind überzeugt, dass Sie einen interessanten Abend mit uns erleben werden. Anmeldungen erwünscht an D. Hotz, Fachstrasse 16, 8942 Oberrieden, Telefon 044 720 06 50, E-Mail: hotz.peter@bluewin.ch.

Bezirk Pfäffikon / Russikon
Samstag, 3. November 2012, 9.00–11.30 Uhr, beim Gemeindehaus Russikon, Standaktion. Lernen Sie Marcel Marfurt, Kandidat Statthalter, Bezirk Pfäffikon, kennen und diskutieren Sie mit ihm. Im Weiteren: Informationen zu den Abstimmungen vom 25. November 2012: Än-

derung des Tierseuchengesetzes und Gesetz über die Einführung der Grundstufe. Information zur Gemeindeversammlung vom 3. Dezember 2012. Anschlussvertrag Wertstoffsammelstelle Schanz, Pfäffikon. Der Anlass verspricht interessante Gespräche.

Dienstag, 13. November 2012, 19.30 Uhr, Landgasthof Krone, Russikon, kleiner Saal, Parteiversammlung.

Bezirk Uster / Uster

Samstag, 3. November 2012, ab 11.00 Uhr, bis in den Abend (solange der Käse reicht) «Forsthaus», an der Haldenstrasse in Uster (ab der Pfäffikerstrasse/Wermatswilerstrasse signalisiert), Fondueplausch mit Musik und Gästen. Gratiswürstli für Kinder. Nehmen Sie ihre Freunde und Bekannten mit zum feinen «Forsthaus-Figugegl» in gemütlicher Atmosphäre. Der Vorstand der SVP Uster freut sich über ihren Besuch und eine möglichst grosse Teilnahme.

Bezirk Uster / Volketswil
Samstag, 3. November 2012, 11.00–20.00 Uhr, Im Chapf, Kindhauserstrasse, Hegnau, traditionelle Metzgete mit Blut- und Leberwürsten, Wädli, saftiges vom Grill mit Sauerkraut, Kartoffeln und vieles mehr. Wir freuen uns auf Ihren Besuch und ein gemütliches Beisammensein.

Bezirk Winterthur / Hettlingen
Donnerstag, 15. November 2012, 20.00 Uhr, Gemeindegasthaus, Hettlingen, öffentlicher Vortrag von Prof. emer. Dr. Hans Geiger zum Thema «Finanzkrise: Zusammenhänge und Ausblick». Der Eintritt ist frei.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Samstag, 3. November 2012, 10.00 Uhr, Limmatplatz, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 25. November 2012 (gleichzeitig nationaler Sammeltag zur Durchsetzungsinitiative).

Stadt Zürich / Kreis 9
Freitag, 2. November 2012, ab 19.00 Uhr, Restaurant Sternen Albisrieden, Albisriederstrasse 371, Zürich, Raclette-Plausch. Gast: Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli.

Samstag, 3. November 2012, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, vor dem alten Brunnen (Seite Badenerstrasse), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 25. November 2012.

Samstag, 10. November 2012, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 330, hinter Buswartehäuschen Fellenbergstrasse, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 25. November 2012.

Samstag, 17. November 2012, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, vor dem alten Brunnen (Seite Badenerstrasse), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 25. November 2012.

SVP-FRAUEN

Bezirk Winterthur
Samstag, 24. November 2012, ab 19.00 Uhr, (Apéro), Schützenhaus Pfungen (Dorfausgang Richtung Rumstal, rechte Strassenseite), traditionelles Raclette-Essen. Kosten Fr. 30.– (Getränke nicht inbegriffen), inkl. Apéro und Dessertbuffet. Anmeldeschluss: Samstag, 17. November 2012. Anmeldung an: Cornelia Amacker, Ebnistrasse 2, 8413 Neftenbach, Telefon 052 315 23 02, cornelia.amacker@bluewin.ch (Vorname/Name, Adresse und Anzahl Personen nicht vergessen).

SVP-Frauen Stadt Zürich
Samstag, 24. November 2012, 8.30–12.30 Uhr, Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, Zürich, Bildungstagung zum Thema «Vertherapeutisierung der Volksschule». Referenten: Dr. med. Hannes Geiges, Kinderarzt, CVP; Sefika Garibovic, Expertin/Dozentin für Nacherziehung, SVP; Hanspeter Amstutz, ehem. Bildungsrat, EVP; NR Jürg Stahl, Sozialversicherungsrecht, SVP und Dr. Christina Ruob, kant. Elternorganisation, parteilos. Organisiert durch SVP-Frauen Stadt und Kanton Zürich, zusammen mit der Bildungskommission Kanton Zürich. Anmeldung bis spätestens Dienstag, 20. November 2012, an Anita R. Nideröst, Regensdorferstrasse 77a, 8049 Zürich, info@frauen-svp-stadt-zuerich.ch. Bitte Name/Vorname, Adresse, Telefon/E-Mail und Wahl Thementisch angeben: Dr.

med. Hannes Geiges, ärztliche Sicht; Hanspeter Amstutz, pädagogische Sicht; Jürg Stahl, Sozialversicherung und Dr. Christina Ruob, Elternbereich.

Dienstag, 29. Januar 2013, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

VERANSTALTUNGEN ZUR PRIMA-INITIATIVE

Bezirk Uster / Mönchaltorf
Donnerstag, 8. November 2012, 19.30 Uhr, Mönchhof, Mönchaltorf, Podiumsgespräch zusammen mit Kantonsrätin Anita Borer (SVP) und Bildungsrat Samuel Ramseyer (SVP).

Stadt Zürich / Kreis 3
Dienstag, 6. November 2012, 19.30 Uhr, Aula Schulhaus Ämtler A, Bertastrasse 50, Zürich (Bus Nr. 33 bis Station Bertastrasse), Podiumsgespräch mit Karin Mäder (Kantonsrätin SP, Rütli), Matthias Hauser (Kantonsrat SVP, Hüntwangen), Myrta Studer (Schulpräsidium Limmattal, Zürich) und Barbara Berger (Elternrätin Schulhaus Limmat, Zürich). Veranstalterin: SP Kreis 3.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 15. November 2012, 19.00 Uhr, Kaserne, Theoriesaal 6, Aarau, öffentlicher Grossanlass der Offiziersgesellschaft Aarau zum hochaktuellen Thema «Schweizer Armee – quo vadis?» mit den Nationalräten Hans Fehr (SVP), Corina Eichenberger (FDP), Geri Müller (Grüne) und Beat Flach (Grünliberale).

Sonntag, 18. November 2012, 14.00 Uhr, reformierte Kirche, Uster, Ustertag. Vorredner: Bruno Modolo, Gemeinderat, CEO Energie Uster AG. Hauptredner: Ueli Maurer, Bundesrat. Umrahmung: Konzertchor Sängerbund und Stadtjugendmusik.
Apéro: 15.30 Uhr, Landihalle.
Risotto-Essen: 16.15 Uhr, Stadthalle.
Unterhaltung: Tambourenverein und Stadmusik Uster.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Reinhard Wegelin (rw.), Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8 % Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Montag, 26. November 2012, 20.00 Uhr, Bülach (genauer Ort folgt), öffentliche Veranstaltung von «SOS-Bülach» zum Thema «Jugendgewalt, Cybergefahren, facebook». Referat von Jugendpsychologe Alain Guggenbühl, anschliessend Podiumsgespräch u. a. mit Nationalrat Hans Fehr, einem Bülacher Schulleiter und einem Jugendlichen.

Heute anmelden

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelalters

Arbeitstagung der Verkehrskommission der SVP Kanton Zürich

Verkehrstagung – Stossrichtungen der SVP in der Zürcher Verkehrspolitik
Samstag, 3. November 2012, 09.00 Uhr – ca. 12.30 Uhr
Kongresszentrum Riverside, Spinnerli, Lettenstrasse, 8192 Zwißlingen (Glattfelden)

Programm	
08.00 Uhr	Kaffee / Gisteli
09.30 Uhr	Begrüssung / Standortbestimmung Christian Reier, Präsident SVP-Verkehrskommission
09.50 Uhr	ZVW – eine tragende Säule der Zürcher Verkehrspolitik Franz Kagerbauer, Direktor Zürcher Verkehrsverbund ZVW
10.15 Uhr	Fragen & Antworten
10.30 Uhr	Pause
10.45 Uhr	Workshops mit kurzen Einführungsreferaten in die Fragestellung:
	Gruppe 1: Öffentlicher Verkehr im Kanton Zürich: Chancen und Risiken Kantonsrat Lorenz Häbicher, Vizepräsident SVP-Verkehrskommission
	Gruppe 2: Waldhaldenunfall/Hochleistungsstrassen höchster Dringlichkeit Kantonsrat Jakob Schneebeli
	Gruppe 3: Rechtliche Mittel gegen den MIV-Kapazitätssabbau Kantonsrat Roland Schuck/Kantonsrat Hans-Peter Amwin
	Gruppe 4: Grundsatzdiskussion Tempo30/Begegnungszonen Christian Reier, Präsident SVP-Verkehrskommission
12.10 Uhr	Schlusswort / Ende der Tagung Kantonsrat Lorenz Häbicher, Vizepräsident SVP-Verkehrskommission

Anmeldedaten für die Verkehrstagung vom Samstag, 3. November 2012

Name: _____ Vorname: _____
Strasse: _____ PLZ, Ort: _____
Tel.: _____ E-Mail: _____

Teilnahme in Gruppe .. _____

Ich reise mit SS bis Glattfelden (Ankunft 09.04 Uhr) an und möchte Shuttlebus in Anspruch nehmen: ... _____

Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf,
Fax: 044 217 77 65 oder E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch